

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
V/50

Verantwortliche/r:
Sozialamt

Vorlagennummer:
50/155/2026

Zwischenbilanz zum „Bericht über Lebenslagen und Teilhabechancen in Erlangen“

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Sozial- und EJC-Beirat	04.03.2026	Ö	Kenntnisnahme	
Sozial- und Gesundheitsausschuss / Werkausschuss EJC	04.03.2026	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

EJC, Amt 13

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

1. Hintergrund

Im Jahr 2022 wurde der Bericht über „Lebenslagen und Teilhabechancen in Erlangen“ - kurz: „Teilhabebericht“ - in Ref. V mit Sozialamt und Erlanger Jobcenter (zum Zeitpunkt der Erstellung: Amt 51 - Jobcenter mit GGfA) und unter Beteiligung des Ratschlags für soziale Gerechtigkeit¹ erstellt und im Jahr 2023 veröffentlicht. Grundlage hierfür waren im Wesentlichen Daten des Sozialberichts 2021 der Stadt Erlangen. Ziel des Teilhabeberichts war es, statistische Kennwerte und Indikatoren aus dem Sozialbericht 2021 lebenslagenorientiert zu analysieren, sie unter dem Blickwinkel sozialpolitischer Handlungsfelder zu diskutieren und einzuordnen und sozialstrukturell verankerte Ungleichheiten bei Teilhabechancen der Bevölkerung zu identifizieren. Daraus wurden Handlungserfordernisse zur Stärkung der Teilhabechancen von Menschen abgeleitet, welche aufgrund struktureller Ungleichheiten benachteiligt sind (siehe MzK Nr. 50/065/2021 am 26.01.2022 und Präsentation zum Teilhabebericht im SGA am 29.03.2023). Sozialpolitisches Leitbild des Berichts ist: „Jeder Mensch hat gleiche Chancen, am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben und selbstbestimmt in sicheren Lebensverhältnissen zu leben“.

Der Bericht versteht sich somit als Grundlagen- und Planungsbericht für die strategische Ausrichtung und Operationalisierung wesentlicher sozialpolitischer Handlungsfelder innerhalb von Ref. V. Dabei erfolgte eine Bezugnahme auf die Geschäftsfelder von Ref. V. und eine bewusste Fokussierung – und damit Beschränkung - auf zehn Handlungsfelder, die innerhalb von Ref. V bearbeitet werden können:²

1. Sozial-struktureller Wandel der Stadtgesellschaft
2. Einkommensarmut
3. Teilhabe am Erwerbsleben / Erwerbslosigkeit

¹ Der Ratschlag für soziale Gerechtigkeit Erlangen versteht sich als offener Beratungs- und Koordinationskreis von sozialpolitisch aktiven Organisationen. Ihm gehören 49 Initiativen, Verbände, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen an (<https://ratschlag-erlangen.de>; Abruf: 23.01.2026).

² Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts war das Jugendamt noch nicht Ref. V zugehörig. Die damalige Referatsbezeichnung lautete Referat für Soziales. Die Umbenennung in Referat für Jugend, Familie und Soziales mit Jugendamt, Sozialamt und Erlanger Jobcenter erfolgte im März 2022.

4. Teilhabe an Bildung
5. Teilhabe am Wohnen – (1) Sozial geförderter Wohnraum
6. Teilhabe am Wohnen – (2) Wohnungsnotfälle
7. Soziale Teilhabe
8. Gesellschaftliche Partizipation
9. Teilhabe von spezifischen Bevölkerungsgruppen:
 - (1) Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
 - (2) Pflegebedürftige Menschen und ihre An- und Zugehörigen
 - (3) Menschen mit Behinderung*
10. Teilhabe im Sozialraum

*Für das Handlungsfeld Teilhabe von Menschen mit Behinderung wurden keine spezifischen Handlungserfordernisse formuliert. Aus dem Sozialbericht 2021 lagen hierzu keine spezifischen Daten als Grundlage vor. Für diese „Leerstelle“ wurde daher eine vom Ratschlag für soziale Gerechtigkeit verfasste Stellungnahme in den Bericht aufgenommen. Darin wurden die Erfordernisse und wesentliche Themen und Gliederungspunkte für einen gesonderten, künftig noch zu erstellenden „Teilhabebericht Behinderung“ formuliert. Das weitere Vorgehen hierzu wird derzeit zwischen Referat für Jugend, Familie und Soziales / Sozialamt und Amt 13 / Büro für Chancengleichheit und Vielfalt abgestimmt. Dies betrifft insbesondere die finanziellen und personellen Ressourcen, die für die Erstellung eines Berichts in der geforderten Tiefe und Breite notwendig sind. Vom Erlanger Jobcenter wird das Projekt „LAUT – Leben, Arbeiten und Teilhaben in einer inklusiven Gesellschaft“ dargestellt, in den Maßnahmen zur Förderung arbeitsuchender Menschen mit Rehabilitationsbedarfen, psychischen Beeinträchtigungen, Abhängigkeitserkrankungen, komplexen gesundheitlichen Unterstützungsbedarfen oder in einer spezifischen Situation in Bezug auf frühzeitige Intervention und / oder Rehabilitation durchgeführt werden.

2. Statusbericht als Zwischenbilanz

Der vorliegende Statusbericht stellt eine „Zwischenbilanz“ zum Teilhabebericht dar. Im Statusbericht werden für jedes Handlungsfeld wesentliche inhaltliche Herausforderungen, Handlungserfordernisse, bestehende und bisher durchgeführte Angebote und Maßnahmen, geplante Umsetzungsschritte und weitere strategische Entwicklungen dargestellt. Darüber hinaus werden in einzelnen Handlungsfeldern Schnittstellen zu anderen Dienststellen oder zu externen themenspezifischen Arbeitsgruppen benannt, an denen das Sozialamt mitwirkt. Abschließend werden Verlinkungen zu ausgewählten Berichten und Beschlussvorlagen aufgelistet, die sich inhaltlich auf einzelne Handlungsfelder beziehen.

Der Statusbericht wurde mit einer Arbeitsgruppe des „Ratschlags für soziale Gerechtigkeit“ erarbeitet und in den vorgelegten Teilen im Konsens beschlossen. Eine abschließende Stellungnahme durch den Ratschlag erfolgt nach der Veröffentlichung in der Sitzung des SGA am 4. März.

Der ausführliche Statusbericht ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

3. Resümee

Die Erstellung des Teilhabeberichts und die aktuelle Zwischenbilanz fallen in eine Zeit multipler Krisen sowie vielfältiger gesellschaftlicher Herausforderungen und Transformationsprozesse. Hinzu kommt die laufende Sozialstaatsdebatte mit unterschiedlichsten Vorschlägen zur Modernisierung des Sozialstaats, aber auch zu Reformen des Leistungsspektrums. In Zeiten knapper Mittel der öffentlichen Haushalte, aber auch der Sozialverbände und -organisationen sind soziale Angebote einerseits wachsenden Anforderungen, andererseits einem steigenden Finanzierungsdruck ausgesetzt.

Der Statusbericht zeigt, dass in Erlangen in diesem Spannungsverhältnis tragfähige Strukturen und Angebote zur Unterstützung und Stärkung der Teilhabechancen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen aufrechterhalten, auf- oder ausgebaut und weiterentwickelt werden konnten. Hierzu gehören zum Beispiel Beratungs- und Unterstützungsangebote für Adressat*innen in unterschiedlichen Lebenslagen; die Aufnahme und Integrationsangebote für geflüchtete Menschen; wohnungsnah, quartiersorientierte Unterstützungsstrukturen und Teilhabeangebote für ältere Menschen in Kooperation mit der freien Wohlfahrtspflege; Maßnahmen im Bereich der Qualifizierung, Beratung, Förderung, beruflichen Bildung und Begleitung sowie Beschäftigungsprojekte für Erwachsene im SGB II-Bezug; materielle Unterstützung für mehr Teilhabe durch den ErlangenPass sowie die Erweiterung des berechtigten Adressat*innen Kreises; die Erschließung zusätzlichen bezahlbaren Wohnraums neben der gesetzlichen Förderung durch Kooperation mit der GEWOBAU. Darüber hinaus wurden strategische und konzeptionelle Weiterentwicklungen umgesetzt, wie beispielsweise in der Quartiersarbeit oder der Wohnungslosenhilfe, konzeptionelle Handlungsansätze zur Sicherung bezahlbaren Wohnens erarbeitet oder ein verwaltungsinterner Prozess zur Weiterentwicklung der sozialen Beratung und Unterstützung von Erwachsenen in prekären Lebenslagen durch eine niedrigschwellige Erstanlauf- und „Lotsenstelle“ initiiert.

Die Angebote, Maßnahmen und Strategien tragen gemeinsam mit der Vergabe gesetzlicher Leistungen und der Unterstützung freier Träger durch Zuschüsse zu mehr Teilhabegerechtigkeit in der Stadtgesellschaft bei. In der aktuellen Sozialstaatsdebatte wird diesem Aspekt zunehmend eine zentrale Bedeutung auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zugemessen (siehe zum Beispiel 83. Deutscher Fürsorgetag des Deutschen Vereins im Oktober 2025 unter anderem mit dem Thema „Gesellschaft in Spannung: Das Soziale sichert Zusammenhalt“; Schwerpunktthema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgabe 42/2025 vom 11. Oktober 2025; repräsentative „Zusammenhalts Studie“ von ARD, ZDF und Deutschlandradio vom September 2025³). Auch unter diesem Aspekt sind der Erhalt und Ausbau von Angeboten, Maßnahmen und Strukturen für Information und Beratung, Teilhabe und gesellschaftliche Partizipation sowie die Weiterentwicklung von Handlungsstrategien und -konzepten auch unter der Maßgabe knapper Haushaltsmittel weiterhin ein zentrales sozialpolitisches Erfordernis.

Anlage: Statusbericht zum Bericht zu Lebenslagen und Teilhabechancen in Erlangen

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

³ <https://ard-zdf-deutschlandradio-zusammenhaltsstudie.de/> (Abruf: 26.01.2025).